



**David
Goeßmann**

**DIE
ERFINDUNG DER
BEDROHTEN
REPUBLIK**

**Wie Flüchtlinge und
Demokratie entsorgt werden**

Das Neue Berlin

eigentliche Punkt ist: Flüchtlinge sind keine Migranten und 2015 war keine Migrationskrise. Warum also plötzlich die Sorge um die schädliche Wirkung der Armutsmigration auf die reichen Gesellschaften, die zu großen Teilen ein Phantomschmerz ist?⁴⁴

Die Ökonomisierung von Migration und Ausblendung moralischer und humanitärer Aspekte verkürzen zudem das Problem. Wenn senegalesische Fischer keine Fische mehr in ihren Netzen fangen können, weil die EU dem Land Fischereiabkommen aufgezwungen hat, so dass EU-Trawler die Westküste vor Afrika leer fischen dürfen (während die europäische Wirtschaft davon profitiert und Deutsche, Spanier und Franzosen in ihren Supermärkten den dort gefangenen, günstigen Fisch kaufen), dann hilft eine abstrakte ökonomische Kritik der Migration nicht weiter, solange die Missstände nicht beseitigt und die Zustände nachhaltig verbessert worden sind.⁴⁵ Denn Menschen aus diesen Regionen werden weiter migrieren, egal, ob wir das wollen oder nicht, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist oder nicht. Migranten werden auch keineswegs, wie die Migrationsforschung immer wieder herausstellt, von der Wirtschaft oder den Regierungen der Industriestaaten als billige Arbeitskräfte angelockt, auch wenn Illegale in die neoliberale Ökonomie der reichen Länder integriert werden.⁴⁶ Sie machen sich vielmehr auf den Weg, weil sie von Perspektivlosigkeit »gepusht« werden. Zudem ist das Argument, dass Migration keine Lösung der globalen Ungleichheit und des Elends darstelle und ins Große gerechnet ins Chaos führe, für die politische Antwort auf die akuten Missstände bedeutungslos.

Die Migrationsdebatte, einschließlich der Kritik an dem unverbindlichen UN-Migrationspakt, wurde vor dem Hintergrund der »Flüchtlingskrise« von den Massenmedien und den Architekten der EU-Abwehrpolitik – wenig überraschend – kräftig genährt. Denn sie lenkt ab vom eigentlichen Skandal, während die brutalisierten Abwehrmaßnahmen der EU störungsfrei durchgewinkt werden konnten. Besonders gilt das für die Angst- und Sorgenformel: »Offene Grenzen für alle«. Anstatt über konkrete Alternativen zum Abschottungsregime zu debattieren, wurde ein irreales Menetekel an die Wand gemalt nach dem Motto: »Hartz IV für alle Migranten aus dem Globalen Süden« inklusive Massenansturm auf die EU. Die Diskussion über einen Abbau des sogenannten Non-entrée-Regimes der Industriestaaten gegen Flüchtlinge konnte so aus dem Fokus gerückt werden. Die Alternative schien nun: »Steuern der Ströme« oder gesellschaftliches Chaos.

Dabei wurde nicht einmal erörtert, was konkret mit »offenen Grenzen« gemeint ist. Geht es um »Fähren für Flüchtlinge« über das Mittelmeer? Das wird von einer Mehrheit der Bürger in Deutschland, der Migrationsforschung und dem vom EU-Parlament beauftragten Expertengremium jedenfalls gefordert – ebenso wie von der Linkspartei und Teilen der Grünen.⁴⁷ Oder geht es um Visaerleichterungen beziehungsweise schrittweise Aufhebung des Visazwangs für Menschen aus Entwicklungsländern? Auch das ist kein Horrorszenario,

sondern nur fair. Es würde Menschen aus Asien, Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten lediglich das gestatten, was Europäer in Anspruch nehmen, wenn sie die Länder des Globalen Südens bereisen, während Unternehmen und das Kapital aus den Industriestaaten in den armen Ländern auf »Einkaufstour« gehen. Auch würden Bürger aus Entwicklungsländern dadurch lediglich US-Bürgern oder Kanadiern gleichgestellt, die zwar in die EU reisen dürfen (um für einige Wochen Urlaub zu machen), aber damit kein Recht auf Wohnen, Arbeit oder andere sozio-ökonomische Rechte erhalten. Wie auch vice versa.

Gleichzeitig benutzen auch linke Migrationskritiker immer wieder unreflektiert Versatzstücke der »bedrohten Republik« und Rhetoriken der Abschottungsideologie aus dem Mainstream. Dabei werfen sie Flüchtlinge und Migranten in einen Topf oder verschleifen die Unterschiede. Sie mahnen, dass 2015 sich nicht wiederholen dürfe, während sie die negativen Effekte von Zuwanderung auf Deutschland und die EU betonen wie Lohndumping, Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Entstehung von Parallelgesellschaften, die Rebellion der Bürger gegen Zuwanderung, den Aufstieg von Rechten und der AfD oder die Störung des sozialen Friedens. Zudem unterstützen sie die Externalisierung der Flüchtlingsversorgung in die Krisen- und Frontstaaten im Globalen Süden als humanitäre Lösung der Flüchtlingsfrage.

So sagte die Linken-Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht nach den Vorfällen der Kölner Silvesternacht: »Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.« Ein populistischer Slogan, der Härte sowie »Law and Order«-Mentalität gegen die »Gäste« signalisiert. Doch weder sind Flüchtlinge Gäste, noch gilt für sie ein spezielles Gastrecht (sie haben das gleiche Recht in Deutschland zu sein wie jeder Deutsche), noch wird irgendein Recht verwirkt, wenn Flüchtlinge gegen Recht verstoßen (nur im Fall von extremen Straftaten kann das internationale Schutzrecht für sie ausgesetzt werden).⁴⁸

Auch suggerierte Wagenknecht immer wieder in Aussagen, dass Merkel durch ihre Grenzöffnung vor allem junge Männer ins Land geholt habe. »Echte Hilfe würde sich stattdessen vor allem auf Frauen, Kinder, Alte, Schwache und die Ärmsten konzentrieren.«⁴⁹ Aber Merkel hat gar keine Grenze geöffnet. Vielmehr haben Flüchtlinge durch ihren »March of Hope« die Abschottungsschirme der EU (darunter das Dublin-Verfahren) zeitweise zum Kollabieren gebracht (siehe Kapitel 1). Auch sind nicht junge Männer »von Merkel nach Deutschland gebracht worden«. Junge Männer machen auch nur gut ein Drittel der Flüchtlingskohorte von 2015/2016 aus. Aber warum ist das überhaupt wichtig? Was soll damit gesagt werden? Dass junge männliche Flüchtlinge aus arabischen und afrikanischen Ländern bedrohlich und weniger beziehungsweise gar nicht schützenswert sind? Und dass die Schwächsten und Frauen unterrepräsentiert sind, hängt am Abschottungssystem und dem blockierten Familiennachzug, nicht an einer numinosen

»Grenzöffnung« und »Einladung«. So sind über die Hälfte der Flüchtlinge weltweit Kinder. Das Non-entrée-Regime der EU sorgt dafür, dass vor allem Kinder, Frauen und die Schwächsten abgewehrt werden.⁵⁰

Gleichzeitig betonte Wagenknecht im Interview, dass den »90 Prozent der [globalen] Flüchtlinge«, die in den »Nachbarländern ihrer Heimat« sind, »nur vor Ort geholfen werden« kann, um direkt anschließend darauf zu verweisen, dass »Migration (...) die armen Länder übrigens noch ärmer« mache.⁵¹ Schauen wir uns die Realität an. Die 90 Prozent aller Flüchtlinge werden seit Jahrzehnten durch die Abwehrmaßnahmen des reichsten Kontinents der Welt dazu gezwungen, in den armen und vollkommen überlasteten Frontstaaten dahinzuvegetieren. Sie leben nicht freiwillig in »Höllensexperimenten«, wie eine *Arte*-Reportage die Flüchtlingslager in den Entwicklungsländern bezeichnet. Und ihnen könnte natürlich durch eine Umsiedlung in die EU geholfen werden. Von den derzeit 13,4 Millionen Flüchtlingen ohne Perspektive, die nach dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) umgesiedelt werden müssten, nimmt Deutschland pro Jahr aber nur 800 auf.⁵²

Zudem wird »Vor-Ort-Hilfe« nahe der Heimat von den Industriestaaten routinemäßig propagiert, während der globale Schutz von Flüchtlingen immer weiter erodiert. Die »Lösung« ist inhaltslose Rhetorik, um das Gewissen zu beruhigen, wenn nicht gesagt wird, wie die Vor-Ort-Hilfe realisiert werden soll. Um nur einen Aspekt zu nennen: Die Ermöglichung von Schutz für die 90 Prozent aller Flüchtlinge im Globalen Süden (gemäß der in der Flüchtlingskonvention garantierten Rechte auf Arbeit, Wohnen, soziale Absicherung und auf ein normales Leben in der Gesellschaft) und eine entsprechende Finanzierung der sie versorgenden Länder und Kommunen würde die EU-Mitgliedstaaten Dutzende Milliarden Euro pro Jahr kosten. Und das gilt nur für die rund zwanzig Millionen internationalen Flüchtlinge, während die über vierzig Millionen Binnenvertriebenen (also die Vertriebenen, die nicht in ein anderes Land geflohen sind) noch gar nicht berücksichtigt sind. Die bequeme Lösung des outgesourceten Schutzes hat einen unangenehmen »price-tag«. Und Flüchtlinge, die in der Union statt in Entwicklungsländern versorgt würden, machen die armen Länder natürlich auch nicht ärmer. Im Gegenteil.⁵³

Gleichzeitig werden humanitäre Fassaden gebaut und Double-Bind-Botschaften ausgesendet. So formulierte Wagenknecht im Interview mit der *Rhein-Neckar-Zeitung* 2018: »Wir stehen zum Asylrecht und verteidigen es. Für Menschen, die verfolgt werden, muss es offene Grenzen geben. Aber offene Grenzen für alle sind weltfremd. Der Kontrollverlust, den es im Herbst 2015 gab, hat dieses Land verändert, und zwar nicht zum Besseren. Das darf sich nicht wiederholen.«⁵⁴

Einerseits wird zwar betont, dass man zum Asylrecht stehe und verfolgten Menschen helfen müsse. Andererseits wird das moralische Signal im gleichen Atemzug realpolitisch

wieder einkassiert. Die verwendete Abschottungsrhetorik à la Merkel, *FAZ* und Co. (»Kontrollverlust« wie im Jahr 2015 »darf sich nicht wiederholen«) weist den Weg. Denn wie will Wagenknecht sicherstellen, dass ohne Abschottung und Abschottungsverschärfung nicht ähnlich viele Flüchtlinge wie 2015 in die EU kämen? Und wie sollen die Bürger die Kluft zwischen den beiden Botschaften »Nie wieder Kontrollverlust wie 2015« und »offene Grenzen für Flüchtlinge«, also die Erlaubnis für Schutzsuchende, Fähren und Flugzeuge Richtung EU zu besteigen, denn realpolitisch überbrücken?

Intellektuelle Selbstverteidigung

Die vagen Formulierungen, Auslassungen, Ambivalenzen und Verzerrungen auch in der linken Migrationskritik im Zuge der »Krise« sind Ausdruck eines schwankenden politischen Diskurses. Das hat zu einer emotionalisierten Lagerbildung geführt. Menschen, die einen humanen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten einfordern, werden als neoliberale Kosmopoliten abgewertet, während Migrationskritiker in die rechte AfD-Ecke geschoben werden. Das ist gefährlich. Denn wie Jason Stanley aufzeigt, ist die Diffamierung des Kosmopolitismus ein Grundpfeiler faschistischer Rhetorik.⁵⁵ Andererseits haben Linke wie Wagenknecht nichts mit der AfD zu tun. So hat die Linkenfraktionsvorsitzende alle Beschlüsse der Partei zu einer humanen Flüchtlingspolitik sowie das Votum der Linken im Bundestag gegen die Verschärfung von Abschreckung und Abschottung durch die Bundesregierung mitgetragen. Es geht vielmehr um die Rhetorik. Denn eine Reihe von Wagenknecht und anderen linken Medienkritikern gemachten Äußerungen während der »Krise« sind dem politischen Mainstream gefolgt, um die Entsorgung von Flüchtlingen im antidemokratischen Schnellverfahren zu legitimieren: »Bedrohte Republik«, »neuer Humanismus« und Alternativlosigkeit der Abschottung.

Es ist vor diesem Hintergrund Ziel des Buches, die ideologische Konstruktion der »Flüchtlingskrise« sichtbar zu machen, auch, um eine an der Sache orientierte Debatte zu ermöglichen. In Detailanalysen, Prüfungen von journalistischen Standards und empirisch fundierten Untersuchungen wird gezeigt, wie die deutsche Bevölkerung und Gesellschaft in den letzten Jahren systematisch auf verschärften Abschottungskurs gebracht wurde. Denn Politik und Medien inszenierten eine »bedrohte Republik« und produzierten bei den Bürgern damit eine Art politischen Tunnelblick: »Wir werden bedroht und müssen uns schützen. Wir haben keine andere Wahl, als die Ströme zu steuern und zu reduzieren.« Im Klartext: Schotten dicht.

In Kapitel 1 wird zuerst der Weg von der »humanen Flüchtlingsaufnahme« zur alternativlosen Abschottung nachgezeichnet. Dabei werden sowohl die Willkommens-PR

der Bundesregierung als auch die Selbstkritik an zu flüchtlingsfreundlicher Berichterstattung als rhetorische Sprungbretter für die verschärfte Abschottungspolitik analysiert, während gezeigt wird, wie mit immer mehr politischem »Druck im Kessel« die Abwehrmaßnahmen wie das EU-Türkei-Abkommen von der politischen Öffentlichkeit als Notwehrakt »ohne bessere Option« gerechtfertigt wurden.

Danach geht es im zweiten Kapitel am Beispiel der Kölner Silvesternacht darum, wie die Bürger mit einer »Horrornacht«, die über Monate andere Themen von der nationalen Agenda verdrängte, in einen Bedrohungsmodus versetzt werden sollten. In einer exemplarischen Tiefenanalyse wird journalistisch en détail nachvollzogen, wie mit Techniken der spekulativen Skandalisierung, des stigmatisierenden Erzählens und einer enthemmten Berichterstattung (»racial journalism«) ein nationales »Sodom und Gomorrha« fabriziert wurde. Dabei verzerrten Medien und Politik massiv die Informationslage. So wurde mit Legenden einer vertuschenden Polizei, eines nordafrikanisch-arabischen »Sex-Mobs« und einer »neuen Dimension« sexueller Gewalt in der Silvesternacht tatsächlich ein Fake-Skandal erzeugt. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht löste sich der »Skandal« schließlich in Nichts auf. Die Sachverständigen stellten fest, dass die erhöhte Anzeigenerstattung Resultat der Anzeigenmobilisierung durch die historische Empörungswelle gewesen sei. Die Silvesternacht spiegle ansonsten deutsche Normalität.

Die Medien verschwiegen die Befunde zur Kölner Silvesternacht, während sie bei den katholischen Missbrauchsfällen und der #MeToo-Bewegung, wie Vergleiche zeigen, de-skandalisierten, Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern machten, mit Hilfe eines »Post-truth-Journalismus« die Kritik an sexuellen Übergriffen in ein »generelles Klima von Verdacht und Verschwörung« hineinzogen und das »Reaktionäre ein Revival« in der Presse erleben durfte. Diese extreme Ungleichbehandlung unterstreicht dabei nicht nur, dass ein doppelter Standard in die Linse der »weißen Presse« eingebaut ist, sondern dass die journalistische Diskriminierung in der »Krise« noch verschärft wurde. So konnten Flüchtlinge an den Sex-Gewalt-Pranger gestellt und eine Generaldebatte über sie angeheizt werden. Im Sinne von: »Wir müssen uns gegen die schützen.« Der Angriff auf die »Unschuld der Nation« in der Kölner Silvesternacht wurde auch international zur Wende in der »Willkommenskultur« erklärt.

Daran anschließend (Kapitel 3) wird das Stereotyp des »kriminellen Flüchtlings« durchleuchtet, mit dem die Medien Einzelstraftaten von Freiburg über Kandel bis Chemnitz hochpushten, Delikte ethnisierten, obwohl im Zuge der »Krise« gar nicht mehr Straftaten von »Zuwanderern« begangen wurden. Unterfüttert wurde das Stereotyp im politischen Diskurs mit einer verzerrten Darstellung von kriminologischen Daten. In einer genauen Datenanalyse wird die Schlagzeilen-These von der »importierten Gewalt« im Zuge von eingewanderten Flüchtlingsmachos, basierend auf der sogenannten Pfeiffer-Studie,